

Geschäftszahlen:  
BKA: 2021-0.461.399  
BMKOES: 2021-0.460.150  
BMEIA: 2021-0.370.727

**66/18**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Humanitäre Krise in Syrien und der Region; Bereitstellung von Mitteln aus dem Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland)**

Die seit über 10 Jahren andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen in Syrien lösten eine der weltweit größten aktuellen humanitären Krisen aus, die das Land immer noch fest in ihrem Griff hat. Unzählige Opfer und Vertriebene stellen das Land und die gesamte Region vor enorme humanitäre Herausforderungen. Laut dem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) flohen bisher rund 6 Mio. Syrerinnen und Syrer in die Länder der Region, vor allem in die Türkei, nach Jordanien oder dem Libanon. Im Land selbst gelten rund 6,5 Mio. als intern vertrieben. Über 500.000 Menschen starben seit Beginn des Konflikts. Die COVID-19 Pandemie und immer wieder aufflammende Kampfhandlungen, insbesondere im Norden des Landes, verschärfen das humanitäre Leid der Menschen zunehmend.

Das humanitäre Büro der Europäischen Kommission (ECHO) sowie das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) berichten, dass 2021 über 13 Mio. Menschen in Syrien dringend humanitärer Hilfe bedürfen; mehr als 12 Mio. leiden unter akuter Nahrungsmittelunsicherheit. Besonders schwer traumatisiert durch die gewaltsamen Auseinandersetzungen sind fast 5 Mio. Kinder und Jugendliche, die in ihrem Leben nur Syrien im Kriegszustand kennen. Der letzte Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 18. Mai 2021 verdeutlicht die katastrophalen Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen in Syrien: Sexuelle Gewalt, Kinderheirat und die Rekrutierung von Kindern als Soldaten haben seit Ausbruch der COVID-19 Pandemie ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Frauen und Mädchen sind von allem dem in erhöhtem Ausmaß betroffen. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

leistete allein 2020 für über 1,1 Mio. Frauen und Mädchen medizinische Versorgung und Gesundheitsschutz.

Die humanitäre Situation der Menschen im **Libanon** ist zunehmend fragil. Zum seit Beginn der Syrien Krise anhaltenden Flüchtlingszustrom aus dem Nachbarland kommt seit letztem Jahr eine sich rapide verschärfende Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit Beginn des Krieges in Syrien hat der Libanon laut dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA) rund 855.000 syrische Geflüchtete aufgenommen. Dieser Zustrom ist zu einer enormen Belastung für die Aufnahmegemeinden und deren gesamter Infrastruktur geworden. Rund ein Drittel der inzwischen mindestens drei Mio. Menschen im Libanon, die lt. Angaben von OCHA auf humanitäre Hilfe angewiesen sind, sind Kinder. Allem voran fehlt es an Nahrungsmitteln, Zugang zu sauberem Trinkwasser und angemessenen Sanitäreinrichtungen sowie Bildungsmöglichkeiten. Insbesondere fehlende Bildungs- bzw. Erwerbsmöglichkeiten treffen in überwiegendem Ausmaß Frauen und Mädchen. UN Women berichtet, dass weniger als ein Drittel aller Frauen und Mädchen Zugang zu Schulen, Universitäten und dem Arbeitsmarkt hat, verglichen zu rund drei Viertel aller Männer. Darüber hinaus werden die medizinische Grundversorgung und die prekäre wirtschaftliche Lage der Bevölkerung auf Grund fehlender Einkommensquellen als Folge der verheerenden Explosion vom August 2020, die große Teile des Hafens und der umliegenden Stadtviertel Beiruts zerstörte, durch die Covid-19 Lage weiter verschlimmert.

Der wirtschaftliche, soziale und demographische Druck in **Jordanien** steigt aufgrund der direkten Nachbarschaft zu Syrien zunehmend an. Seit 2011 haben gemäß Angaben von ECHO über 753.000 Flüchtlinge in Jordanien Zuflucht gefunden, mehr als die Hälfte von ihnen sind Kinder. Der Ausbruch der Covid-19 Pandemie und die schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen verschlechtern die humanitäre Situation der Flüchtlinge in Jordanien immens. Rund 90% Prozent der Syrerinnen und Syrer in Jordanien leben unter der Armutsgrenze, insbesondere fehlt es an Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung.

Österreich ist es ein Anliegen, Hilfe vor Ort zu leisten, um die humanitären Krisen in Syrien, Libanon und Jordanien zu lindern. Dafür ist ein österreichischer Beitrag von insgesamt EUR 8.000.000,- aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen, der mit dem Bundesgesetz über den Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland (Auslandskatastrophenfondsgesetz), BGBl. I Nr. 23/2005, errichtet wurde und die Aufgabe hat, Maßnahmen im Zusammenhang mit Katastrophenfällen im Ausland zu finanzieren, die der Beseitigung von Katastrophenschäden und der humanitären Hilfe

dienen. Über die Verwendung der Mittel dieses Fonds entscheidet gemäß § 3 dieses Gesetzes in jedem einzelnen Katastrophenfall die Bundesregierung. Die Abwicklung des Beitrages soll im Wege der Austrian Development Agency (ADA) erfolgen.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen stellen wir daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle beschließen, zur Bekämpfung der humanitären Krise in Syrien, Libanon und Jordanien insgesamt EUR 8.000.000,- aus Mitteln des Hilfsfonds für Katastrophenfälle im Ausland wie folgt zur Verfügung zu stellen:

Für Syrien

1. EUR 2.000.000,- dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF),
2. EUR 1.500.000,- dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK),
3. EUR 1.500.000,- dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) sowie
4. EUR 1.000.000,- dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Für Libanon

5. EUR 1.000.000,- für UN Women und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF),

Für Jordanien

6. EUR 1.000.000,- dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

29. Juni 2021

Sebastian Kurz  
Bundeskanzler

Mag. Werner Kogler  
Vizekanzler

Mag. Alexander  
Schallenberg, LL.M.  
Bundesminister